

VOLKSINITIATIVE

SCHULE IN FREIHEIT



Für Vielfalt und Selbstverwaltung in der Bildung!

Liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger,

wir leben in einer Zeit großer gesellschaftlicher Herausforderungen. Wir alle sind gefragt, uns in die Gestaltung der Zukunft einzubringen, jeder mit seinen Fähigkeiten, jeder mit seiner individuellen Gestaltungspotenz.

Den Schulen kommt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle zu. Sollten sie doch die Orte sein, an denen unsere Kinder ihre kreativen Potentiale entwickeln und ausbilden, an denen sie lernen, selbstbestimmt und verantwortlich zu handeln. Doch unser Schulwesen kann dieser Aufgabe zur Zeit nicht gerecht werden, denn es hängt in veralteten Strukturen fest.

Auf der einen Seite die staatlichen Schulen: sie sind bürokratisch eingeschränkt und können ihre Arbeit nicht eigenverantwortlich gestalten. Das Personal wird von der staatlichen Verwaltung einfach zugewiesen. Und die zur Verfügung gestellten Gelder sind zweckgebunden und gewähren der einzelnen Schule kaum Gestaltungsspielraum.



Auf der anderen Seite die Schulen in freier Trägerschaft: sie werden vom Land Brandenburg finanziell so stark benachteiligt, dass sie Schulgeld erheben müssen. So wird es für die Eltern zu einer finanziellen Frage, ob sie sich solch eine Schule leisten können

oder nicht. Durch die defizitäre staatliche Finanzierung werden die Schulen in freier Trägerschaft in eine private Ecke abgedrängt.

Das soll sich ändern! Wir fordern jetzt die organisatorische Selbständigkeit für alle staatlichen Schulen, die dies wollen. Und wir fordern die gleichberechtigte Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft. Wir wollen Schulen, die autonom und eigenständig arbeiten und die zugleich öffentlich zugänglich sind, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Helfen Sie mit! Setzen Sie sich mit uns ein für ein Schulwesen auf der Höhe der Zeit, für gute Schulen für alle. Auf dem Weg der Direkten Demokratie wollen wir mit allen Bürgern ins Gespräch darüber kommen, wie diese Ziele erreicht werden können. Bitte unterstützen Sie die Volksinitiative.

Mindestens 20.000 Unterschriften sind nötig!

Unsere Ideen für ein freies Schulwesen:

Vielfalt in der Bildung

Alle Eltern und Jugendlichen sollen freie Schulwahl ohne Zugangsbeschränkung erhalten

Schulen auf der Höhe der Zeit sind nicht mehr nur Lehranstalten, sondern Orte, an denen die Menschen ihre Fähigkeiten und ihre Kreativität individuell entwickeln. Jedes Kind ist einzigartig, und um dieser individuellen Vielfalt gerecht werden zu können, muss auch das Bildungswesen vielfältig sein, sowohl durch staatliche als auch durch freie Schulträger. Dann erst können die Eltern mit ihren Kindern diejenige Schule auswählen, die ihren pädagogischen Vorstellungen und Bedürfnissen am nächsten kommt.

Derzeit kann das Brandenburger Schulwesen diese Entscheidungsfreiheit nicht gewähren. Denn die freie Schulwahl wird in Brandenburg durch die sogenannten Schulbezirke eingeschränkt. Die Eltern, die ihr Kind auf eine kommunale Grundschule geben wollen, sind an die nächstgelegene Schule gebunden und können sich nicht für eine etwas entferntere Schule entscheiden. Deshalb fordern wir die Aufhebung der Schulbezirke.

Außerdem werden die Schulen in freier Trägerschaft finanziell stark benachteiligt. Sie erhalten in Brandenburg nur etwa 65 % der Kosten einer vergleichbaren staatlichen Schule. Dadurch sind sie gezwungen, Schulgeld zu erheben. Damit die Schulwahl in Zukunft nicht mehr vom Einkommen der Eltern abhängig ist, bedarf es der gleichberechtigten Finanzierung. Wir fordern in einem ersten Schritt, dass die Schulen in freier Trägerschaft pro Schüler mindestens 85 % der Kosten einer vergleichbaren staatlichen Schule erhalten. In Hamburg und Nordrhein-Westfalen ist dies bereits der Fall und bald auch in Baden-Württemberg. Dieser erste Schritt kann auch stufenweise in Kraft treten.

Elternwahlrecht ernst zu nehmen heißt, dass Schulen nach ihren pädagogischen Profilen und nicht nach finanziellen Möglichkeiten und regionaler Nähe ausgesucht werden. Wir wollen gute Schule für alle! Unabhängig von Ort und Geld.



Wie machen es unsere Nachbarn?

In anderen Ländern gibt es viele gute Erfahrungen mit einem Schulwesen, das auf die Mündigkeit der Bevölkerung setzt. Schweden zum Beispiel hat 1992 die gleichberechtigte Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft eingeführt. Seitdem dürfen Eltern die Schule ihrer Kinder frei wählen. Die Schüler dürfen auch Schulen außerhalb ihrer Wohngemeinde besuchen. Das hat dazu geführt, dass die Anzahl der Schulen in freier Trägerschaft gestiegen ist. Dieses Wachstum hat den staatlichen Schulen nicht geschadet, im Gegenteil: deren Qualität hat sich im kreativen Wettbewerb um gute pädagogische Konzepte verbessert. Auch in den Niederlanden gibt es die gleichberechtigte Finanzierung unabhängig von der Trägerschaft.

Gibt es dazu schon Erfahrungen in Brandenburg?

Ja, bei den Kitas. Sie werden seit einigen Jahren gleichberechtigt finanziert. Dadurch haben sich neben den Kindertagesstätten in kommunaler Trägerschaft zahlreiche weitere Träger etabliert. Genannt seien die AWO, die kirchlichen Träger und vor allem die vielen Elterninitiativen, die besondere pädagogische Konzepte umsetzen. Das, was den jüngsten Brandenburgern gut tut, sollte den Schulkindern und Jugendlichen nicht vorenthalten werden.

Chancengerechtigkeit und Vielfalt für alle?

Im internationalen OECD-Vergleich landet das Brandenburger Schulwesen in Bezug auf soziale Gerechtigkeit auf einem hinteren Platz. Wir brauchen eine vielfältige Schullandschaft, damit alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die richtige und beste Schule finden. Schulvielfalt sollte nicht auf Ballungszentren beschränkt sein, es muss sie auch in der Fläche geben. Auch Schulen in freier Trägerschaft können den Schulbedarf einer Region abdecken, wenn sie so finanziert werden, dass sie kein Schulgeld nehmen müssen.

Unsere Ideen für ein freies Schulwesen:

Selbstständige Organisation

Alle staatlichen Schulen, die es wollen, sollen selbstständig organisiert arbeiten

Unsere Kinder lernen, Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten und einen Sinn für die Bedürfnisse der Mitmenschen zu entwickeln. Das ist am besten in einer Umgebung möglich, die nicht durch Verordnungen reglementiert, sondern selbst eine lernende ist.

In den Schulen ist stets eine Fülle organisatorischer Aufgaben zu bewältigen, zum Beispiel in den Bereichen Personal, Kommunikation, Fortbildung, Ausstattung und bauliche Investitionen. Wir sind der Überzeugung, dass dabei möglichst kurze und klare Entscheidungswege notwendig sind. Nur die Verantwortlichen vor Ort sind in der Lage, eine solche dynamische Organisation mit täglich neuen Herausforderungen stimmig zu leiten. Sie können sowohl langfristige Vorhaben realisieren als auch kurzfristig und flexibel die Bedarfe der Schulgemeinschaft berücksichtigen.

Deshalb fordern wir die organisatorische Autonomie für alle staatlichen Schulen, die dies wollen. Sie sollen zum Beispiel ihre Lehrerkollegien selbstständig berufen können. Sie sollen auch die finanzielle Verantwortung übernehmen können. Dann kann das Geld viel effektiver, zielgerichteter und sinnvoller eingesetzt werden als im bestehenden bürokratischen Finanzierungsverfahren der staatlichen Schulen.

Die Autonomie der Schulen kommt auch unseren Kindern zugute. Denn diese lernen am besten, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen, wenn sie mit Lehrern und Eltern aufwachsen, die selbst begeistert mitarbeiten und Verantwortung für ihre Schule tragen.

Die Schulen brauchen für ihre selbstständige Arbeit eine unabhängige Beurteilung und Beratung. Diese Evaluation soll nicht länger von einer staatlichen Instanz ausgeübt werden, die selbst Schulen betreibt.

Warum ist die Unabhängigkeit der Evaluation wichtig?

Zur Zeit sind diejenigen staatlichen Stellen, die dem staatlichen Lehrpersonal gegenüber weisungsbefugt sind, auch diejenigen, die die Evaluation für alle Schulen ausüben. Das ist so, als ob Mercedes die Qualitätskontrolle für alle Autos ausüben würde. Es bedarf einer unabhängigen Einrichtung, um Schule adäquat zu evaluieren, da tendenziell eigene Gestaltungsfehler ungern zugegeben werden. Nur eine unabhängige Evaluation kann den Schulen wirklich eine Hilfe sein. Denn Qualität lässt sich nicht „von oben“ verordnen, sondern sie muss in jeder einzelnen Schule, von unten her entwickelt werden.

Woran können wir in Brandenburg anknüpfen?

Hoffnung auf mehr Selbstständigkeit der Schulen hat vor einigen Jahren das Brandenburger „Modellvorhaben Stärkung der Selbstständigkeit von Schulen“ (MoSeS) geweckt. Die teilnehmenden Schulen konnten Zuständigkeiten im Personalwesen erhalten, eigene Budgets bekommen, auch die Gestaltungsspielräume für die pädagogische Arbeit sollten erweitert werden. Damit wurden vier Jahre Erfahrungen gesammelt. Moses war bekanntlich der Mann, der nach dem Bericht der Bibel sein Volk ins ersehnte Land der Freiheit führte. Ob es diese Assoziation war, die bei der Abkürzung „MoSeS“ Pate gestanden hat, oder vielmehr die Tragik des Mose, dass ihm am Ende gesagt wurde: „Das Land der Freiheit ist schön – aber Du selbst wirst nicht dahin kommen!“ – das muss man ernstlich fragen. Denn der Modellversuch blieb Episode, die vielen positiven Empfehlungen der wissenschaftlichen Begleitkommission wurden zu den Akten gelegt. Die Projektschulen sind ihre Freiheiten wieder los. Unterstützen Sie die Volksinitiative! Damit der Weg zu mehr Freiheit und Verantwortung der Schulen, sooft diese es wollen, wieder geöffnet wird!



Das Instrument der Volksinitiative:

Die Volksinitiative ist die erste Stufe des dreistufigen Abstimmungsverfahrens. Die Initiative legt der Öffentlichkeit einen Vorschlag vor. Wird dieser von 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern unterstützt, muss sich der Brandenburger Landtag damit beschäftigen. Die Initiative hat dabei das Recht, ihren Vorschlag im Parlament vorzustellen und zu begründen.

Mit unserer Volksinitiative legen wir keinen ausgearbeiteten Gesetzentwurf vor. Der Brandenburger Landtag hat also bei der Umsetzung unserer Forderungen zeitlichen Gestaltungsspielraum.

Wir wollen das Instrument der Volksinitiative dazu nutzen, Aufmerksamkeit für die brennende Schulfrage zu erzeugen und unsere Ideen und Forderungen mit einer größeren Öffentlichkeit zu besprechen.

Wenn das Parlament die Inhalte der Volksinitiative nicht umsetzt, besteht die Möglichkeit, mit einem Volksbegehren einen Volksentscheid herbeizuführen. Beim Volksbegehren müssen 80.000 Bürger unterschreiben.

Das Bündnis für Schulen in Freiheit:

Die Volksinitiative „Schule in Freiheit“ ist ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Bürgerinnen und Bürgern, Eltern, Lehrern und Schülern aus ganz Brandenburg. Initiiert wurde sie von:

Arbeitsgemeinschaft Freie Schulen Brandenburg, Netzwerk der Brandenburger Schulen in freier Trägerschaft.

Der PARITÄTISCHE, Landesverband Brandenburg, Dachverband der freien Wohlfahrtspflege mit 340 Mitgliedorganisationen.

OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE, setzt sich seit 1987 für die Einführung von Abstimmungsrechten auf allen Hoheitsebenen ein.

Weitere Unterstützer und Bündnispartner sind jederzeit herzlich willkommen. Bitte unterstützen auch Sie die Volksinitiative.

So machen Sie mit:

Bitte unterschreiben Sie die Volksinitiative

Und vielleicht kennen Sie noch Freunde und Bekannte, die auch unterschreiben möchten? Unterschriftsberechtigt sind alle Einwohnerinnen und Einwohner Brandenburgs ab 16 Jahren.

Sie können die Liste hier ausdrucken: www.schule-in-freiheit.de

Auf Anfrage schicken wir gerne auch Listen zu (auf eine Liste passen 5 Unterschriften)

Laden Sie uns ein

Zu einem Gespräch, einem Seminar oder einem Vortrag. Wir kommen gerne in Ihre Schule, in Ihr Unternehmen, in Ihre Organisation.

Volksinitiative Schule in Freiheit

Zu den Luchbergen 13, 14641 Nauen

Telefon: 03321 - 74878-12

brandenburg@schule-in-freiheit.de

www.schule-in-freiheit.de



Ulrike Witt,
Sprecherin Landesschülerrat:
Schüler sollen selbstständige Eigenorganisation lernen; wie denn, wenn die eigene Schule es Ihnen nicht vorleben kann? Die Schulen müssen eigenständig Entscheidungen treffen, um ihrem individuellen Bildungsauftrag gerecht werden zu können.



Prof. Dr. Johann Peter Vogel
Rechtsanwalt, Berater:
Die öffentlichen Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft verwirklichen den Verfassungswillen, indem sie gleichrangig gleichwertige Bildungsmöglichkeiten für die vielfältigen Bildungswünsche der Bürger anbieten. Dafür müssen alle Schulen allgemein zugänglich sein.



Barbara Nieter,
Mitglied im Landesschulbeirat:
Das freie Elternwahlrecht muss gestärkt werden, denn es ist ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie



Wladimir Kaminer,
Buchautor:
Gute Schule braucht Freiheit - für Leidenschaft und Freude am Tun